

Pressemitteilung

Vorbescheid der SGD Süd ignoriert Einwände - entscheidende Unterlagen nur unzureichend geprüft

Wiesbaden 21.01.2009: „Wie kann man ein so wichtiges Dokument wie beispielsweise eine 244 Seiten umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung zum geplanten Importkohlekraftwerk an nur einem Wochenende substantiell prüfen?“ fragt sich Christoph Wald, Sprecher der BI ‚Kein Kohlestrom Wiesbaden‘ (KeKoWi) und kritisiert damit die unzureichende Würdigung der vorgelegten Gutachten und Unterlagen zum Projekt der KMW AG durch die Genehmigungsbehörde SGD Süd. „Da werden Gutachten zu den FFH-Gebieten und zur Beeinflussung des Ortsbilds offensichtlich ignoriert, fundierte medizinische Bedenken der Ärzteschaft vom Tisch gewischt, selbst eigens beauftragten Gutachtern folgt die SGD Süd offensichtlich nicht.“

KeKoWi wird die Unterlagen zum Vorbescheid und die verfügbaren Auflagen jetzt umfassend prüfen.

Auf den ersten Blick beinhalten die seitens der SGD Süd kommunizierten ‚harten Auflagen‘ z.B. bei den Emissionen aber keineswegs ambitionierte Grenzwerte, sondern entsprechen lediglich den ab 2010 sowieso geltenden gesetzlichen Grenzwerten. ‚Harte Auflagen‘ sehen anders aus!

OB Beutel beklagt medienwirksam beim Frankfurter Flughafenausbau für Mainz Aspekte wie Zunahme des Lärms, zusätzliche Feinstaubbelastung, Verlust der Wohnqualität und der Immobilienwerte sowie gesundheitliche Gefahren für die Mainzer Bürger, also all das, was analog auch für das geplante Importkohlekraftwerk zutrifft. Das betrifft aber vor allem die Wiesbadener Seite, die von Immissionen und Beeinträchtigungen des Ortsbilds nachweislich am stärksten geschädigt sein wird. Deshalb hat ja auch der Magistrat der LH Wiesbaden bereits seine Klagebereitschaft angekündigt: Gegen die stadtteigene Kraftwerksgesellschaft KMW, wohlgermerkt! Rechtssicherheit sieht anders aus.

OB Beutel fordert daher folgerichtig, mit dem Ausbaubeginn des Flughafens so lange zu warten, bis alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft sind und endinstanzliche Entscheidungen vorliegen.

KeKoWi erwartet deshalb, dass aufgrund der Vielzahl der angekündigten Widersprüche und notfalls auch Klagen gegen das KMW-Projekt analog mit einem Baubeginn abgewartet wird, bis auch zum Importkohlekraftwerk alle endinstanzlichen Entscheidungen vorliegen.

Andernfalls müsste man davon ausgehen, dass hier mit **zweierlei Maß** gemessen werden wird:

Man kann nicht einerseits ein Moratorium bei Flughafenausbau bis zur Klärung aller Rechtsstreitigkeiten fordern und trotz analoger Risiken für die Bürger den Bau des Kohlemeilers vorantreiben, nur weil die finanziell angeschlagene Stadtkasse Mainz vom hessischen Flughafenprojekt finanziell nicht profitiert, von Mainzer Kohlekraftwerk nach Aussage von Detlef Höhne im Stadtrat Mainz aber mit 50 Mill € jährlich!

Die drohenden Verluste für die kommunale KMW im Falle eines unvermeidlichen Rückbaus nach einer Aufhebung des nun zu überprüfenden Vorbescheids würden stattdessen ein noch größeres Loch in das ohnehin leere Mainzer Stadtsäckel reißen.

Wir fordern, dass sich alle Beteiligten gemäß ihrer Pflicht zur Schadensabwehr verhalten!“